

Europa braucht den Journalismus

Dieses Manifest der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) enthält Empfehlungen für Politikerinnen und Politiker, die als Abgeordnete für das nächste Europäische Parlament kandidieren. Es soll sie dabei unterstützen, die Prinzipien der Medienfreiheit und Medienvielfalt sowie den Qualitätsjournalismus in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union – und darüber hinaus – zu stärken.

Auf europäischer Ebene fördert die EU-Grundrechtecharta die Meinungsfreiheit, die Medienfreiheit und die Medienvielfalt. Dennoch gilt: Journalisten und der Journalismus geraten zunehmend unter Druck.

In den letzten beiden Jahren wurden vier Journalistinnen und Journalisten in der Europäischen Union getötet; dies ist ein nie da gewesener Angriff auf unsere Werte.

Aber auch die finanzielle Nachhaltigkeit unabhängiger Medien ist gefährdet. Die Medienkonzentration nimmt zu und vor allem der wachsende Einfluss der digitalen Plattform-Ökonomie, allen voran die dominierenden amerikanischen Internetkonzerne und sozialen Netzwerke Google, Amazon, Facebook und Apple (kurz: GAFA), die eine beispiellose Bedrohung unseres Ökosystems für Nachrichten und Informationen darstellen. Hier fehlt es an Transparenz, Rechenschaftspflicht und Regulierung. Die sogenannte High-Level Expert Group (HLEG) der Europäischen Kommission – eine hochrangige Expertengruppe aus Vertretern von Medienorganisationen, Wissenschaftlern, Journalisten sowie Vertretern der digitalen Plattformen und der Zivilgesellschaft – die sich mit dem Phänomen und dem Problem der Desinformation beschäftigt hat, betonte ausdrücklich die Notwendigkeit, in den Qualitätsjournalismus zu investieren. Sie forderte zudem, die Medienkompetenz, den Pluralismus, die finanzielle Nachhaltigkeit und die Innovationskraft der Medien zu stärken.

Das Europäische Parlament hat sich prominent für Medienfreiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Menschenrechte und Urheberrechte eingesetzt. Die euro-

päischen Parlamentswahlen im Mai 2019 finden in einer Zeit statt, in der sich die Europäische Union an einem Wendepunkt befindet. Die Union muss dringend ihre Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern erneuern und deren Interessen vertreten. Wir wünschen uns eine vorausschauende EU, in der nicht nur Wirtschaftsthemen und Wachstum eine Rolle spielen. Eine EU, die auch konkrete Aktivitäten unternimmt, um sicherzustellen, dass das allgemeine Recht auf Information garantiert wird.

Bedauerlicherweise bieten weder die feierlich verkündete Europäische Säule sozialer Rechte (European Pillar of Social Rights, EPSR), noch das sogenannte Europäische Semester, das den Rahmen für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EU-Länder bildet, oder andere EU-Strategien wie der Digitale Binnenmarkt adäquate Bedingungen für Mitgliedstaaten. Wichtig wären geeignete Maßnahmen, um (freiberufliche) Journalisten und Mitarbeiter in Medienunternehmen besser zu schützen, da diese häufig unter extrem prekären Bedingungen leiden und deshalb ihr Arbeitsverhältnis aufgeben. Der künftige EU-Haushaltsprozess sollte dazu beitragen, dass ab 2020 soziale und nicht-diskriminierende Zielvorgaben festgelegt werden. Diese müssen eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten im Mediensektor – unabhängig von ihrem Anstellungsverhältnis – vorsehen, während es zugleich einen frischen politischen Impuls braucht, um den Journalismus als vitales öffentliches Gut zu unterstützen.

Deshalb appellieren wir an alle politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträger, unsere Vorschläge zur Wiederbelebung freier, vertrauenswürdiger und vielfältiger Medien in Europa zu unterstützen und – wo dies möglich ist – mit dem Europarat, dem Beauftragten für Medienfreiheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und anderen Stakeholdern der Medienbranche zu kooperieren.

Europa braucht:

1. Medienvielfalt
2. Finanzielle Nachhaltigkeit und Zukunft des Journalismus
3. Förderung des investigativen Journalismus
4. Tarifverhandlungen und soziale Sicherheit für alle Beschäftigten incl. Freie
5. Ethischer Journalismus: Rechenschaft und vertrauensbildende Maßnahmen
6. Urheberrecht – Faire Verträge für alle
7. Starke und unabhängige Öffentliche Medien
8. Sichere Arbeitsbedingungen: Nein zur Straffreiheit

1. Europa braucht Medienvielfalt

Wir setzen auf eine Gesetzgebung, die sich dafür einsetzt, Start-ups und unabhängige Medien zu fördern und die damit zugleich einer zunehmenden Medienkonzentration entgegenwirkt.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Unternehmensbeteiligungen und der wirtschaftliche Einfluss auf Medien müssen transparenter werden. Die Gesetzgebungspraxis muss sich verstärkt gegen Medienmonopole und marktbeherrschende Strukturen wenden und eine Transparenz von Eigentumsverhältnissen und Managementbeziehungen im Mediensektor garantieren;
- Von den EU-Mitgliedsstaaten sollten unabhängige Aufsichtsgremien und effektive Compliance-Mechanismen (zur Einhaltung von Regeln) gefordert werden, um Interessenkonflikte zu vermeiden; zudem muss die redaktionelle Unabhängigkeit gesichert sein und die Rolle der Medien als « Watchdog » muss erhalten bleiben;
- EU-Initiativen, die sich mit dem Monitoring der Medienunabhängigkeit und von Eigentümersstrukturen im Mediensektor beschäftigen, wie beispielsweise der Media Pluralism Monitor, müssen weiterhin unterstützt werden. Das gilt auch für die Überprüfung neuer EU-Gesetze und Richtlinien, damit diese mit den Prinzipien von Medienfreiheit und Vielfalt übereinstimmen. Diese Initiativen sollen ausdrücklich komplementär zu nationalen Regelungen sein, um entsprechende Prinzipien zu erhalten oder zu stärken;
- Unterstützung von Initiativen, die die Geschlechtergerechtigkeit (gender equality) sowie die Vielfalt in den Redaktionen verbessern – und zwar beim Berufsstart, bei der weiteren Karriereentwicklung, bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben, bei angemessenen Gehältern und Honoraren sowie dem Zugang zu Führungspositionen. Unterstützt werden soll eine faire Gender-Berichterstattung und die ausgewogene Auswahl an Informationsquellen zu den genannten Themen. Medienvielfalt und Demokratie verlangen, dass alle Stimmen sich in den Medien Gehör verschaffen können.

2. Finanzielle Nachhaltigkeit und Zukunft des Journalismus

Qualität und Vielfalt im Journalismus können nur durch langfristige, unabhängige Finanzierung aufrechterhalten werden – dabei muss sowohl in Inhalte investiert werden als auch in die Aus- und Weiterbildung von Journalisten. Wir sind der Überzeugung, dass der nächste Budgetansatz (2012–2017) für Creative Europe die Verpflichtung der EU zu einem nachhaltigen medialen Ökosystem widerspiegeln sollte. Creative Europe ist das laufende Förderprogramm für Europas audiovisuelle Branche sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft von 2014 bis 2020. Die jüngst revidierte Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste stärkt zu Recht die Rolle der Medienkompetenz. Sie verlangt von den Mitgliedsstaaten, die Entwicklung von Fähigkeiten und Kenntnissen im Medienbereich zu fördern und zu entwickeln (siehe Artikel 33a).

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Unterstützung von Initiativen, um neue Finanzierungsmodelle für journalistisches Arbeiten zu erforschen; dazu sollten auch nicht-kommerzielle (non-profit) Modelle und der grenzüberschreitende investigative Journalismus gehören. Es sollten neue, sozial nachhaltige, ökonomische Modelle entwickelt werden, die professionellen, unabhängigen Journalismus unterstützen;
- EU und Arbeitgeberorganisationen sollten in Kompetenz und Arbeitsplätze investieren. Journalisten, selbstverständlich auch freie Journalisten, sollten während ihres gesamten Berufslebens Zugang zu Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten haben. Die journalistische Ausbildung, Managementfortbildung sowie Trainingskurse zu Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt sollten gefördert werden;
- Die Vermittlung von Medienkompetenz – für alle Generationen – unterstützt den Journalismus und sollte von der EU gefördert werden. Training für und durch Journalisten sollte auch auf nationaler Ebene gefördert werden.

3. Förderung des investigativen Journalismus

Journalistische Recherchen machen Institutionen und Einzelpersonen gegenüber der Öffentlichkeit verantwortlich. Journalisten sollten in der Lage sein, ihre Ermittlungen durchzuführen, ohne Angst zu haben, überwacht oder verfolgt zu werden.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Verbesserung des offenen Zugangs zu EU-Dokumenten und zu öffentlichen Daten für Bürger und Journalisten;
- Unterstützung von Regelungen, die dem Schutz von Journalisten in der EU dienen. Journalisten sehen sich nicht selten einer rechtlichen Verfolgung ausgesetzt, deren eigentliches Ziel es ist, sie einzuschüchtern, ihre Arbeit zu behindern oder zu zensieren. Zudem sollte einer Kriminalisierung der kritischen Berichterstattung durch konstruierte Verleumdungstatbestände entgegengewirkt werden;
- Das Recht auf Quellenschutz/ Informantenschutz sollte mit mehr Nachdruck in allen EU-Mitgliedsstaaten geschützt werden. Auch die zunehmende (digitale) Überwachung muss bekämpft werden.

4. Tarifrechte und soziale Sicherheit für alle Beschäftigten

Die Rechte von Journalistinnen und Journalisten, insbesondere die von freiberuflichen, sich einer Gewerkschaft anschließen zu dürfen, Tarifverhandlungen zu führen und tarifliche Vereinbarungen treffen zu können, sollten gestärkt werden – so wie es auch die « Charta der Grundrechte der Europäischen Union » in Artikel 12 garantiert. Die jüngste Entscheidung des Ministerkomitees des Europarates, die ein Ende der Restriktionen beim Recht auf Tarifverhandlungen für Freiberufler fordert, sollte als Grundlage für die künftige EU-Politik in diesem Bereich dienen.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Unterstützung von Initiativen, die den Sozialen Dialog im Mediensektor etablieren bzw. verstärken– und zwar auf nationaler und europäischer Ebene. Die gilt insbesondere für EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten, in denen noch kein ernstzunehmender Sozialer Dialog existiert;
- Garantie gleicher Rechte und einer Gleichbehandlung aller Beschäftigungsformen, also auch für freiberufliche Journalisten sowie Journalisten, die für Digitalmedien oder Start-Ups etc. arbeiten; dies wird durch faire Arbeitsverträge und ausreichende soziale Sicherung gewährleistet.
- Zusicherung, dass das Wettbewerbsrecht nicht das Recht auf tarifliche Rechte und Verhandlungen unterminiert. Die gerechte Anwendung des Wettbewerbsrechts sollte zudem die ungleiche ökonomische Verhandlungsmacht berücksichtigen; vor allem freiberufliche Journalisten sind häufig in einer deutlich schwächeren Verhandlungsposition;
- Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit (gender equality) im Journalismus, vor allem hinsichtlich des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das sogenannte Gender Pay Gap; diese Lücke sollte – auch für den Nachrichten- und Mediensektor – analysiert und in der Folge mit einer entsprechenden Gesetzgebung geschlossen werden.

5. Ethischer Journalismus: Rechenschaft und vertrauensbildende Maßnahmen

Bei den Medien ist in jüngster Zeit ein allgemeiner Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust festzustellen; das gilt noch stärker für Soziale Medien. Der Öffentlichkeiten, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ist am meisten mit verantwortlichen und transparenten Medien gedient, die akkurat und unparteiisch Bericht erstatten. Das ist das beste Mittel gegen Desinformation.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Förderung selbst-regulatorischer Maßnahmen oder Einrichtungen – dazu zählen ethische Verhaltensgrundsätze oder ein unabhängiger Presserat; so können höchste journalistische Standards – auch in digitalen und sozialen Medien – (wieder) gestärkt werden;

- Unterstützung von Initiativen, die für eine Medienvielfalt durch Inklusion aller gesellschaftlichen Gruppen und Stimmen sorgen;
- Klare politische und rechtliche Rahmenbedingungen sind erforderlich, um Transparenz, Verantwortung und Rechenschaftspflicht der dominierenden Internet-Plattformen sicherzustellen, auch bezüglich der Inhalte, die über ihre Netzwerke geteilt und verbreitet werden. Beispielhaft wären Indikatoren für die Transparenz von Quellen / Informanten und Investitionen sowie eine effiziente Selbst-Regulierung.

6. Urheberrecht – Faire Bezahlung und Verträge für Alle

Urheberrechte der Journalisten (das betrifft selbstverständlich auch freie und Fotojournalisten) sollten gestärkt werden. Dadurch sollen faire Honorare, fair gestaltete Verträge sowie Verhandlungen zwischen Journalisten und Arbeitgebern/ Auftraggebern auf Augenhöhe ermöglicht werden.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Schaffung eines echten Leistungsschutzrechtes für Presseveröffentlichungen;
- Volle Anerkennung von Journalisten als Autoren (also Rechteinhabern) sowie eine faire und proportional ausgewogene Verteilung der Einkünfte, die bei der digitalen Verwertung dieser Rechte erzielt werden;
- Verabschiedung von klaren, transparenten Maßnahmen, die für Autoren (und andere Kreativschaffende) eine Basis für angemessene Honorare darstellen.

7. Starke und unabhängige Öffentliche Medien

Öffentliche bzw. öffentlich-rechtliche Medien sind eine tragende Säule der Medienvielfalt in Europa. Allerdings sehen diese sich in Europa zunehmenden Angriffen ausgesetzt; sie müssen aktiver unterstützt und geschützt werden.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Unterstützung nachhaltiger Finanzierungsmodelle für unabhängige Öffentliche Medien (PSM), die dem gesamt-gesellschaftlichen Interesse dienen;
- Schutz der Öffentlichen Medien vor Versuchen der politischen Einmischung in die redaktionelle Arbeit und den alltäglichen Geschäftsbetrieb;

- Öffentliche Medien müssen – auch finanziell – dabei unterstützt werden, sich an technologische Erfordernisse anzupassen, damit sie sich innovativ und zeitgemäß weiterentwickeln können; ein besonderes Augenmerk sollte der digitalen Entwicklung und der Online-Reichweite gelten, damit alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden – insbesondere auch ein jüngeres Publikum;
- In Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, sollten Reformen der Öffentlichen Medien unterstützt werden.

8. Sichere Arbeitsbedingungen: Nein zur Straffreiheit

Auch Journalistinnen und Journalisten haben das Recht auf freie Berufsausübung, ohne dabei körperliche Gewalt oder sogar das Risiko, inhaftiert zu werden, fürchten zu müssen. Der Schutz und die Sicherheit von Journalisten muss überall in Europa garantiert sein.

Empfehlung für Politikschwerpunkte:

- Umsetzung der Europaratsempfehlung CM/Rec(2016)4 zum « Schutz des Journalismus und zur Sicherheit von Journalisten und anderen Medienschaffenden » auf nationaler Ebene;
- Monitoring der laufenden Untersuchungen zur körperlichen Angriffen sowie der Ermordung von Journalistinnen und Journalisten in der Europäischen Union;
- Verstärkte Engagement gegen die zunehmende Bedrohung und Belästigung (vor allem online) von Journalisten – und insbesondere von Journalistinnen.

JOURNALISM IS A PUBLIC GOOD

Die EJF ist die größte Journalisten-Organisation in Europa; sie vertritt über 300.000 Journalistinnen und Journalisten in 45 Ländern und verteidigt deren berufliche und soziale Rechte. <http://europeanjournalists.org/>